

Montenegro - 'Modell balkanischen Lebens'? Zur jüngsten Eskalation des Konflikts Belgrad - Podgorica

Oschlies, Wolf

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oschlies, W. (2000). *Montenegro - 'Modell balkanischen Lebens'? Zur jüngsten Eskalation des Konflikts Belgrad - Podgorica*. (Berichte / BIOst, 18-2000). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41586>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Einführung	7
2. Montenegros innenpolitischer Angriff	10
3. Montenegros außenpolitischer Angriff.....	15
4. Montenegros kirchenpolitischer Angriff	20
5. Zusammenfassung	23
Summary	25

18. Juli 2000

Wolf Oschlies

Montenegro: "Modell balkanischen Lebens"?

Zur jüngsten Eskalation des Konflikts Belgrad – Podgorica

Bericht des BIOst Nr. 18/2000

Kurzfassung

Vorbemerkung

Montenegro hat seine 1992 vollzogene Anbindung an Serbien längst bereut, und dazu haben die NATO-Bomben, die von März bis Juni 1999 auch auf montenegrinisches Territorium fielen, nicht einmal den Ausschlag gegeben. Die junge Führung des Landes um Präsident Milo Đukanović erkannte Jahre früher, daß die Föderation mit Serbien eine "Fassade" ist, die den Umstand verdeckte, daß Montenegro nicht den geringsten Einfluß auf Wirtschafts-, Außen-, Fiskal-, Militärpolitik etc. hatte, die von der Milošević-Führung konzipiert wurde und von Montenegro mit allen Konsequenzen mitgetragen werden mußte.

Montenegros Bemühungen, einen gleichwertigen Status im Bundesstaat zu erlangen, fanden keine Reaktion in Belgrad. Darum hat Podgorica immer wieder und im Sommer 2000 vermehrt mit einem Referendum gedroht, das über eine etwaige Unabhängigkeitserklärung der kleinen Adria-Republik entscheiden sollte. Dem widersetzte sich bislang die Internationale Gemeinschaft, die inzwischen den Wert Montenegros als systemare Alternative zu Miloševićs Serbien erkannt hatte und darum ein Interesse zeigte, Montenegro bei Serbien zu lassen – als Störfaktor, als europäischen "Brückenkopf", als attraktives Gegenbeispiel zur Belgrader Politik, als Modell für eine friedliche Zukunft der Region (oder anderes, ein eindeutige westliche Konzeption scheint nicht vorzuliegen). Soweit diese Rolle Sicherheit und wirtschaftliche Hilfe verheißt, wird sie von Montenegro nicht ungern gespielt; da jedoch der zukünftige Status des Landes dabei unerwähnt bleibt, hat Montenegro seit Jahresbeginn 2000 die multilaterale Initiative ergriffen, sein Verhältnis zu Serbien einer wie auch immer gearteten Klärung zuzutreiben und gleichzeitig von der Internationalen Gemeinschaft Unterstützung und Garantien zu verlangen, die ihm für die absehbare Zukunft eine Sonderrolle im zentralen Balkan gewährleisten.

Die innen-, außen- und kirchenpolitischen Aspekte dieser neuen montenegrinischen Linie untersucht die vorliegende Darstellung, die auf der Basis allgemein zugänglicher Quellen erstellt wurde und an frühere Arbeiten des Autors anknüpft.

Ergebnisse

1. Montenegro hat seit Jahren der "illegitimen" Bundesregierung in Belgrad die Gefolgschaft aufgekündigt und nach dem jüngsten Handstreich Miloševićs, der sich per Verfassungsänderung eine mindestens achtjährige weitere Amtszeit zubilligte, die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) ganz offen als "zerstört" bezeichnet. In Podgorica unternahm man nachdrückliche Schritte, die eigenen Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen, zumal nicht auszuschließen ist, daß Milošević darauf vertraut, demnächst angesichts drastischer Verschlechterung der Lage im Kosovo für die Internationale Gemeinschaft das "kleinere Übel" zu werden und wie damals in Dayton (1995) politisch "wiederaufzuerstehen".
2. Ein großes Hindernis für die Montenegriner ist die starke Präsenz der Jugoslawischen Armee (VJ) in Montenegro, die zwar Korrektheit vorgibt, durch den Aufbau einer besonderen *Militärpolizei* aber eine nachhaltige Drohwirkung ausübt. Ob von da eine Gefahr ausgeht (und wie groß diese sein könnte), kann wohl mit Blick auf zahlreiche amerikanische, europäische und russische Warnungen eher verneint werden, aber letzte Sicherheiten gibt es im Umgang mit Milošević nie.
3. Ein weiteres Hindernis für Đukanovićs Absetzungsbemühungen von Belgrad sind die bis zur ethnischen Selbstaufgabe engen Verbindungen der Montenegriner zu Serben. Die den Politikern einsichtigen Bedrohungen aus Belgrad und die daraus resultierenden Notwendigkeiten zum Selbstschutz leuchten vielen Menschen, die verwandtschaftliche Beziehungen ersten Grades nach "drüben" haben, nicht ein. Die eigenstaatliche Emanzipation Montenegros muß also enger mit einer montenegrinischen Identitätsstiftung einhergehen, und das heißt konkret, daß Montenegro seine internationale Rolle als "demokratisches Piemont" nicht mehr lange spielen wird: Serbien soll und muß sich demokratisieren, aber Montenegro muß seine geringen Kräfte für eigene Belange reservieren!
4. Montenegro ist zuerst mit politischer, dann mehr und mehr mit wirtschaftlicher Hilfe vom Westen zu seinem Konfrontationskurs gegen Milošević ermutigt und befähigt worden. Diese Hilfe zu prolongieren und zu steigern, ist Podgoricas Absicht, die es im Frühjahr mit Vorstößen im UN-Sicherheitsrat nachdrücklich unter Beweis stellte: Serbien "destabilisiert" Montenegro, die allgemein akzeptierten Mittel zu Serbiens Demokratisierung übersteigen Montenegros Kräfte; wenn die Internationale Gemeinschaft ein beispielgebendes Montenegro will, dann soll sie es in jeder Richtung zur größtmöglichen Autonomie befähigen, wirtschaftlich wie staatlich, und ihm diese Autonomie in Zukunft belassen.
5. Gute Chancen rechnet sich Montenegro dafür mit Blick auf die US-Präsidentenwahlen aus: Wer immer der neue US-Präsident sein wird, er kann Montenegro nicht in die alte Bedeutungslosigkeit zurückstoßen. Für die absehbare günstigere Entwicklung hat Montenegro unter Nutzung bestehender Verfassungsmöglichkeiten beste Ansätze geschaffen: In den Metropolen von Ost und West hat man "Vertretungen" eröffnet, die morgen durchaus als Botschaften fungieren könnten.

6. Bei dem Bestreben, die Montenegriner von Serbien fort- und zu einer festeren Identität hinzuführen, ist der Führung in Podgorica eine unerwartete Unterstützung zugekommen: Die 1919/20 aufgelöste *Montenegrinisch-Orthodoxe Kirche* (CPC) ist wiedererstanden und bemüht sich seit Jahresbeginn 2000, im klassischen national-spirituellen Sinne auf die Montenegriner einzuwirken. Der Effekt ist noch gering, aber die Ungeschicklichkeit der *Serbisch-Orthodoxen Kirche* (SPC) trägt unfreiwillig dazu bei, ihn zu vergrößern: Überhebliche Geschichtsklitterungen und überzogene Polemik rühren an montegrinischen Stolz, allzu enger kirchlicher Umgang mit serbischen Kriegsverbrechern erinnert die Montenegriner an ihre unselige Verstrickung in Miloševićs Kriege (wofür sich Đukanović gerade bei den Kroaten entschuldigte), ein Übermaß an serbischem Nationalismus in Theologie und Liturgie der SPC veranlaßt immer mehr Montenegriner, ihr Heil bei einer eigenen Nationalkirche zu suchen.

1. Einführung

Der selbst für balkanische Wetterbedingungen ungewöhnlich heiße Sommer 2000 scheint im serbisch-montenegrinischen Verhältnis noch an (politischen) Hitzegraden zuzulegen: Bei Lokalwahlen erlitt die Koalition des Präsidenten Milo Đukanović (*1962) im Seebad Herceg Novi eine herbe Niederlage (der freilich ein glänzender Sieg in der Hauptstadt Podgorica gegenüberstand¹), Präsidentenberater Goran Žugić fiel Anfang Mai einem Attentat zum Opfer, auf den (informellen) Führer der serbischen Opposition Vuk Drašković wurde Mitte Juni während eines Besuchs in Montenegro geschossen², serbische Generäle werfen Montenegro vor, es handle im Auftrag der USA und seine Politik unterminiere die Verteidigungsfähigkeit des gemeinsamen Staates *Bundesrepublik Jugoslawien*. Zu diesen und weiteren Ereignissen kam eine Aktion aus Belgrad, die Montenegro die eigene Bedeutungslosigkeit für das serbische Regime so drastisch wie selten zuvor demonstrierte: Anfang Juli verabschiedete das Bundespapament (*Savezna skupština*) den Verfassungszusatz 5, nach welchem fortan der Bundespräsident in direkter Wahl für vier Jahre (und maximal zweimal hintereinander) gewählt wird; gleichfalls sollen die 40 Abgeordneten (je 20 aus Serbien und Montenegro) des *Republikrats der Skupština* in direkter Wahl ermittelt werden.

Die europäische Reaktion auf diesen Schritt war nur in dem einen Aspekt einig, daß Milošević hier einen weiteren Schritt zur undemokratischen Absicherung seiner Macht getan habe; gerätselt wurde jedoch darüber, ob der Belgrader aus Stärke oder Schwäche gehandelt habe.³

Eindeutiger war das Echo aus Montenegro, wo man Miloševićs Handstreich zwar kritisierte – ihn gleichzeitig aber auch mit Befriedigung registrierte. Präsident Đukanović sprach davon, daß "Belgrad mit der illegalen Änderung der Verfassung der BR Jugoslawien das Verfassungssystem des Landes zerstört und dessen Schicksal in Frage gestellt hat".⁴ Ratko Vukotić, Präsident des Obersten Gerichts Montenegros, ging sogar noch weiter: "Jugoslawien besteht nicht mehr als Bundesstaat", erklärte er, Milošević habe "ihn und seine Rechtsordnung auch formaljuristisch zerstört", was eine "Fortsetzung der rechtspolitischen Vergewaltigung Montenegros" darstelle. Damit müsse Schluß gemacht werden, denn "schon länger suspendiert man durch zahllose Entscheidungen illegaler und illegitimer Bundesorgane die Verfassungsrechte Montenegros".⁵

Warum tut Milošević so etwas? Der Belgrader Diktator sieht gegenwärtig gute Chancen für eine politische "Wiederauferstehung" (wie weiland 1995 in Dayton). Dazu werde ihm, glaubt

¹ D. Đuranović: Pobjednički porazi (Siegreiche Niederlagen), in: Monitor, Nr. 504/2000.

² Umstände und Hintergründe des Anschlags hat Drašković in einem ausführlichen Interview mit dem bosnischen Magazin *Dani* (30.6.2000, S. 8-11, 56) erläutert, wobei er zu massiven Schlußfolgerungen kam: "Ich denke (...), daß unser Staat Räubern in die Hände fiel und daß Serbien ein Land des Staatsterrors ist."

³ Pressestimmen in: Vesti, 8.7.2000, S. 4.

⁴ Bericht in: Evropski Glasnik, 8./9.7.2000, S. 3.

⁵ Bericht in: Vesti, 10.7.2000, S. 4.

er, die unzureichende Fähigkeit der Internationalen Gemeinschaft, im Kosovo die versprochene Ruhe und Sicherheit zu installieren, verhelfen.⁶ Da der albanische Terror gegen die ca. elf nichtalbanischen Volksgruppen im Kosovo mit ständig wachsender Brutalität weitergeht, der UNMIK und KFOR zunehmend hilflos gegenüberstehen, könnte Slobodan Milošević eines (nahen) Tages tatsächlich als kleineres Übel gegenüber albanischen Mördern und Brandschätzern angesehen werden. Vor die Wahl gestellt, entweder ein "Verbrecher-Eldorado" Kosovo (Baton Haxhiu, Chefredakteur der albanischen Zeitung *Koha Ditore* in Priština⁷) als Kristallisationspunkt eines ethnisch gesäuberten Groß-Albaniens – bestehend aus Albanien, Südost-Montenegro, Kosovo samt großen Regionen Südserbiens, zwei Dritteln Makedoniens und Nord-Griechenland⁸ – zu tolerieren oder die europäische Sicherheitsarchitektur seit Helsinki 1975 gegen albanische terroristische Alleingänge zu retten⁹, könnte sich die Internationale Gemeinschaft für den "Verbündeten" Milošević entscheiden. Dabei würden ihm (angebliche) frühere Untaten – "Massaker von Račak", "Aktion Hufeisen" etc. – nachgesehen werden. Diese Nachsicht dürfte um so leichter fallen, als sich die Beweise häufen, daß es diese "Untaten" nie gegeben hat; der entsprechende Verdacht kam im Fall Račak bereits nach ersten Untersuchungen ausländischer Experten auf¹⁰ und hat sich seither verstärkt, wie vorwiegend in osteuropäischen Kommentaren herausgestrichen wird.¹¹

Ein solches Kalkül Miloševićs könnte aufgehen, wenn die Lage Montenegros tatsächlich so schlecht wäre, wie einleitend beschrieben. Aber sie ist es nur auf einen ersten, flüchtigen Blick. In Wirklichkeit steht das kleine Montenegro (13.812 km², 650.000 Einwohner) glänzend da: Es ist zur letzten Hoffnung der internationalen Gemeinschaft, Rußland ausdrücklich eingeschlossen¹², gegen den Belgrader Diktator Milošević geworden. Das ist angesichts von Miloševićs Politik verständlich, auch wenn sich daraus einige Probleme grundsätzlicher Natur ergeben:

- Der Westen und Rußland treten offiziell für die "territoriale Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien" ein, neigen im politischen Alltag aber immer mehr dazu, ein "Selbstbestimmungsrecht der Völker" als Leitlinie zu akzeptieren. Das betrifft in erster Linie das

⁶ Predrag Simić: Milošević želi novi Dejton (M. wünscht ein neues Dayton), in: NIN, 23.3.2000, S. 16-17.

⁷ Kosovo-Sendung der Reihe "Žarišta" (Brennpunkt) im Bosnischen Fernsehen am 3.2.2000.

⁸ Diese Umriss zeigt eine Karte, die dem Verfasser von einem in Tirana tätigen deutschen Vertreter überlassen wurde; nach seinen Worten stellt die Karte eine Art "Glaubensbekenntnis" dar, auf das nahezu alle Albaner eingeschworen sind, W.O.

⁹ Zu Politik und Sicherheit im Kosovo 2000, vgl. Espen Barth Eide: The Internal Security Challenge in Kosovo, in: The International Spectator, Nr. 1/2000, S. 49-63; David Rohde: Kosovo Seething, in: Foreign Affairs, Nr. 3/2000, S. 65-79.

¹⁰ Antonela Riha: Nove nedoumice (Neue Mißverständnisse), in: NIN, 18.3.1999, S. 13-14.

¹¹ Andrej Gračev: Formula Cholbruka dlja Kosovo (H.s Formel für das Kosovo), in: Novoe vremja, Nr. 5/1999, S. 28; Dušan Neumann: Kosovo – Když se legenda stane faktem (Wenn eine Legende zur Tatsache wird), in: Týden, Nr. 21/2000, S. 36-37.

¹² Maša Gessen: Federacija rezervacij (Föderation der Reservate), in: Itogi, 13.6.2000, S. 24-29.

Kosovo¹³, das – anders als Montenegro – niemals ein souveräner Staat oder auch nur eine ex-jugoslawische Teilrepublik war. Wenn Montenegro vermehrtes internationales Verständnis für seinen eigenständigen Weg einfordert, dann kann es sich dabei auf historische "Vorleistungen" berufen.¹⁴

- Die Internationale Gemeinschaft bestritt das Belgrader Postulat, daß das Kosovo eine "innere Angelegenheit Serbiens" sei. In eineren weiteren Kosequenz folgte daraus, daß sich die NATO-Mission auch gegen Montenegro richtete, da auf dessen Territorium Militärbasen und Truppen waren. Montenegro, das bereits zuvor auf Distanz zu Milošević gegangen war, wurde somit unschuldiges Opfer einer Strafaktion gegen Milošević, was sein Bemühen um Distanz zu Belgrad nachhaltig steigerte.¹⁵
- Rußland hat zwar die NATO-Mission selber mißbilligt, kann sich deren Folgen aber nicht völlig verschließen: Russische Soldaten stehen in der KFOR-Truppe; Belgrader Strategen planen erneute Zwietracht Moskau – Washington, und "es hängt vom Kreml' ab, ob wir in ein neues Abenteuer geraten".¹⁶ Das aber wird kaum geschehen, denn unter Putin hat sich das offizielle Moskau immer deutlicher von Belgrad abgewendet.¹⁷
- Es ist für russische Kommentatoren absolut verständlich, wenn Montenegro von Serbien loskommen möchte: Das Belgrader Regime – "eine Mischung aus nordkoreanischer Diktatur und lateinamerikanischer krimineller Junta" – ist mit Teilen der eigenen Bürger zerstritten¹⁸ und wird zum "Totengräber der jugoslawischen Föderation", der allein durch NATO-Drohungen von möglichen militärischen Übergriffen auf Montenegro zurückgehalten wird.¹⁹

Moskau sieht die montenegrinische Absatzbewegung von Serbien, vom Präsidenten und immer mehr Bürgern vollzogen, als eine natürliche Reaktion auf den Kurs Miloševićs an. Den empfinden die Montenegriner zwar immer noch als Gefahr, erkennen in seinen Handlungen aber immer mehr Anzeichen von Schwäche: In Podgorica hält man es für durchaus vorstellbar, hierin mit russischen und amerikanischen Analysen auf einer Wellenlänge, daß Milošević die jüngste "Mandatsverlängerung" nur darum inszenierte, um mehr Zeit zu haben, mit dem Westen erträgliche Bedingungen für seinen eigenen Abgang auszuhandeln.²⁰ Ginge

¹³ Erich Reiter: Die Balkanpolitik Europas – kein Instrument der Konfliktlösung, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Nr. 4/2000, S. 403-412; Oleg Levitin: Moskau und der Kosovo, in: Europäische Rundschau, Nr. 2/2000, S. 73-83.

¹⁴ Detailliert Goran Sekulović: Enigma jedne harizme – Prilog crnogorskom samoosvješćenju (Das Rätsel eines Charismas – Beitrag zur montenegrinischen Selbstbewußtwerdung), Podgorica 1998, S. 127 ff.

¹⁵ Daniel L. Byman, Matthew C. Waxman: Kosovo and the Great Air Power Debate, in: International Security, Nr. 4/2000, S. 5-38.

¹⁶ Sergej Gryzunov: Krevetka v akvariume (Garneele im Aquarium), in: Novoe vremja, Nr. 11/2000, S. 28.

¹⁷ So ein tschechischer Kommentar, vgl. Tomáš Vlach: Putin sází na opozici (P. setzt auf die Opposition), in: Týden, Nr. 20/2000, S. 52-53.

¹⁸ Maša Gessen: Gore pobežedených (Wehe den Besiegten), in: Itogi, 7.9.1999, S. 34-38.

¹⁹ Gryzunov, a.a.O.

²⁰ Sonja Drobac: Milošević tvrdi pazar (M. behauptet den Markt), in: Monitor, Nr. 505/2000.

es nach Milo Đukanović, dann hätte Montenegro – "die Staatlichkeit Montenegros ist älter als die Staatlichkeit Serbiens" (Präsidentenberater Miodrag Vuković) – längst sein Ultimatum umgesetzt: Entweder völlige Gleichwertigkeit mit Serbien oder ein unabhängiger Staat Montenegro. International hat Montenegro indessen *mehr* Wert, wenn es bei Serbien bleibt und gleichzeitig auf wachsende Distanz zu diesem geht, um gewissermaßen ein *balkanisches Piemont europäisch-demokratischer Entwicklung* zu werden, das nachhaltige Sogwirkung und Beispielsfunktion auf Serbien ausübt. Đukanović spielte diese Rolle bislang nicht ungern – sicherte sie ihm doch Unterstützung von außen und innere Lösung von Miloševićs desaströser Politik, dazu noch die Funktion eines Sprechers und Warners der Internationalen Gemeinschaft. Noch Mitte März befand er, nach Gesprächen mit US-Außenministerin Madelaine Albright:

Wir hoffen unverzagt, Herr Milošević zieht Lehren aus seinen vielen Niederlagen und Jugoslawien wird von weiteren Kriegsabenteuern ablassen. Das heißt nicht, daß wir auf eine gewisse Rationalität seiner Politik vertrauten, denn wir haben keinen Grund, bei ihm an Vernunft zu glauben.²¹

Milošević mag planen und hoffen, was immer er will – in der montenegrinischen Hauptstadt Podgorica ist man ihm zugleich auf den Fersen und stets einen Schritt voraus. Sollte er eines Tages gestürzt werden, verschwinden, im Haag landen etc., dann wird das nicht zuletzt dem Agieren Montenegros zu verdanken sein. Denn nur dort hat man die drei entscheidenden Aspekte im konzeptionellen und operativen "Griff": Miloševićs diktatorische Natur und kriminelle Herrschaftstechnik, die zänkische Zerstrittenheit der serbischen "Opposition" (deren momentane Wirkungslosigkeit schon mitleidserregend anmutet) und die aus Unentschlossenheit, Frustration und Immobilität zusammengesetzte Ineffizienz der Internationalen Gemeinschaft, deren balkanische Präsenz ebenso kostenaufwendig wie unergiebig ist.²²

Das alles weiß man in Montenegro nicht nur – man hat es in diesen heißen Sommerwochen auch sehr nachhaltig in Szene gesetzt.

2. Montenegros innenpolitischer Angriff

Dreimal entstand in der jüngsten Geschichte des zentralen Balkans ein Staat namens *Jugoslawien*: 1918 (zunächst als *Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen*, das sich ab 1929 *Königreich Jugoslawien* nannte), am Ende des Zweiten Weltkriegs und 1992 als ein Staatenbund aus Serbien und Montenegro. Bei allen drei jugoslawischen Staatsgründungen war Montenegro direkt beteiligt, von allen dreien hat es wenig Nutzen gehabt. Und das soll ein Ende haben: Die *Bundesrepublik Jugoslawien* (sagt man in Montenegro und dokumentiert es in juristischen Analysen) hat es, streng rechtlich gesehen, überhaupt nie gegeben. Die juristisch

²¹ Bericht im Bosnischen Fernsehen 9.3.2000.

²² Michael McGwire: Why did we bomb Belgrade?, in: *International Affairs*, Nr. 1/2000, S. 1-23; Susan L. Woodward: Kosovo and the Region: Consequences of the Waiting Game, in: *The International Spectator*, Nr. 1/2000, S. 35-48.

unzulänglichen Umstände ihrer Entstehung konnte man übersehen, solange die politischen Eliten von Belgrad und Podgorica auf einer Linie lagen – was seit 1996 immer weniger gegeben war.²³ Je mehr Milošević die Montenegriner zu Mitgefangenen seiner reformunwilligen Innen- und aggressiven Außenpolitik machte, desto mehr rückten diese von ihm ab. Ihre Forderungen nach völliger Gleichwertigkeit im gemeinsamen Staat – 1998/99 mit steigendem Nachdruck erhoben und im Grunde als vierfaches Vetorecht (in politischen, militärischen, wirtschaftlichen und föderalen Fragen) interpretiert²⁴ – fanden natürlich kein Gehör in Belgrad. Auf diese demonstrative Mißachtung antwortete Podgorica mit zwei entschlossenen Schritten:

- Ausgenommen den Bundespräsidenten (Milošević), bestritt man *allen* Bundesorganen die Legitimität und ignorierte ihre Beschlüsse und Vorschriften.
- Die verweigerte Gleichwertigkeit wurde als unfreiwillige Einbeziehung in Miloševićs desaströse Politik interpretiert, was die unweigerliche Distanzierung zum Belgrader Regime als einen Akt nationaler Notwehr erscheinen ließ.

Diese "Doppelstrategie" wurde seit mehreren Jahren verfolgt und nach Miloševićs jüngster Eigenmächtigkeit nochmals nachdrücklich bestätigt. Am 7. Juli 2000 beriet die montenegrinische Regierung eine *Resolution über die Verteidigung der Rechte und Interessen der Republik Montenegro und ihrer Bürger*, die dem Parlament zugehen sollte. Darin fielen harte Worte gegen das "illegitime" Bundesparlament, das "ohne Beteiligung der legitimen Vertreter der Republik Montenegro" Bestimmungen erließ, die die Interessen Montenegros nachhaltig verletzen würden – wenn Montenegro sie akzeptierte. Aber das lehnte man rundheraus ab:

Im Hinblick darauf, daß mit dieser Tat des illegitimen Bundesparlaments die Interessen Montenegros völlig mißachtet und gröblich verletzt wurden, desgleichen auch die Prinzipien der Gleichberechtigung der in diesem Parlament vertretenen Republiken, hat die Republik Montenegro eine Resolution angenommen, kraft derer sie keinen einzigen rechtlichen oder politischen Akt anerkennt, der von den illegitimen Bundesorganen (...) erlassen wurde.²⁵

Mehr noch: Mit seiner eigenmächtigen Änderung der Bundesverfassung lasse das Regime Montenegro keine andere Möglichkeit, als die betreffenden Teile der Verfassung als illegitim und als "groben Verstoß gegen die Verfassungsrechte der Republik Montenegro als gleichberechtigte Konstituente des Bundesstaates" zu verwerfen. Gleichzeitig rief die Resolution alle Staatsorgane und Parteien des Landes auf, "mit ihren Aktivitäten zur Erhaltung des Friedens beizutragen". Wer den Frieden stören könnte, war aus dem Text leicht zu entnehmen: An die "Angehörigen der Armee Jugoslawiens" (VJ) erging der Appell, "sich nicht gegen die Bürger, Institutionen und Staatsorgane Montenegros mißbrauchen zu lassen".

²³ Zahlreiche Quellen bei Wolf Oschlies: Der Vierfrontenkrieg des Slobodan Milošević – Bundesrepublik Jugoslawien vor dem Zerfall, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 18/1999, S. 22 ff.

²⁴ Detailliert Suzana S. Sudar: Vidi li se Juga sa Lovćena? (Ist Jugoslawien vom Lovćen aus zu sehen?), in: *Oko*, 9.7.1999, S. 4-5.

²⁵ Bericht mit ausführlichen Zitaten der Resolution in: *Vesti*, 8.7.2000, S. 5.

Gerade dieser letzte Appell verdient Interesse, denn in militärischen Dingen herrscht in der BRJ dasselbe Chaos wie überall: Laut Verfassung und Gesetzen gibt es *keinen* Oberkommandierenden, was politisch-militärische Abenteuer begünstigen könnte.²⁶ In Montenegro steht die *Zweite Armee* der VJ, 10.000 Soldaten in voller Kampfbereitschaft, kommandiert von General Milorad Obradović. Der erließ am 22. Mai einen dramatischen Befehl, die Kampfbereitschaft nachhaltig zu erhöhen, weil "terroristische Kräfte" auf dem Territorium der BRJ aktiv seien. Diese Begründung amüsierte montenegrinische Kommentatoren: In Montenegro sind keine "Terroristen" aktiv, und wenn sie es wären, ginge das die Armee nichts an – wenn sie die Flugkontrolle übernehmen wolle, dann sei wohl eher eine Störung des Tourismus in Montenegro beabsichtigt.²⁷

Montenegro kann bis zu einem gewissen Grad darauf vertrauen, daß die Internationale Gemeinschaft seine Sorgen wegen möglicher militärischer Schachzüge aus Belgrad teilt, aber damit ist nicht viel gewonnen. Der montenegrinische Außenminister Branko Lukovac brachte Mitte Juli das Problem realistisch auf den Punkt:

Wir erwarten nicht, daß die NATO Truppen zu unserer Verteidigung schickt. Wir müssen bereit und fähig sein, den Gang unserer Orientierung selber zu verteidigen.²⁸

Montenegros Vizepremier Dragiša Burzan sah sein Land auf alle Eventualitäten vorbereitet:

Das Innenministerium verfügt über ausreichend große Kräfte, aber auch wenn man so große Kräfte besitzt, muß man doch sehr aufmerksam sein. (Zwischenfrage der bosnischen Reporterin Sanela Prašović: Werden die von kroatischen Armeemitgliedern trainiert?) Das weiß ich nicht, die Sicherheitspolitik ist mir nicht so gegenwärtig, aber ich meine, es ist eine gut ausgebildete, zahlenmäßig sehr starke Truppe, die mit ihrer Stärke den Frieden in Montenegro bewahren und ohne Zweifel jeder Truppe widerstehen kann, die Milošević anbietet.²⁹

Vor der Jugoslawischen Armee hat Podgorica keine Angst, muß sie nach russischer Ansicht auch nicht haben.³⁰ Was indessen Montenegriner und Russen, seit Peter dem Großen befreundet, ernstlich besorgt macht, ist die seit Jahresbeginn betriebene Aufstellung des 7. Bataillons der Militärpolizei, nach Ansicht des montenegrinischen Premiers Filip Vujanović eine "paramilitärische Formation unter den Flügeln der Jugoslawischen Armee".³¹ Können die bislang rund 1.000 Angehörigen dieser Truppe – laut Paß alle Montenegriner, allerdings den *Volkssozialisten* (SNP) von Momir Bulatović, Miloševićs Mann in Montenegro, nahestehend – im Lande für Unruhe sorgen? Versuchen könnte die montenegrinische Polizei, mittlerweile auf etwas über 10.000 Mann verstärkt, mit Sicherheit entgegenwirken. Präsident Đukanović begegnet möglichen militärischen Gefahren mit eisernen Nerven: Er meidet jeden direkten Kontakt mit der VJ, mahnt sie permanent zu "politischer Immunität" und klagt sie an, "gewaltsam die humanitäre Hilfe wegzunehmen, die aus dem Ausland kommt und (...) für

²⁶ Roksana Ninčić: Ko komanduje vojskom? (Wer befiehlt die Armee?), in: Vreme, 22.4.2000, S. 15.

²⁷ Goran Vujović: Lov na separatiste (Jagd auf Separatisten), in: Monitor, Nr. 502/2000.

²⁸ TV Bosnien-Herzegowina 15.7.2000, Nachrichtensendung "Dnevnik".

²⁹ TV Bosnien-Herzegowina 15.7.2000, Nachrichtensendung "Dnevnik".

³⁰ Gessen, Federacija, a.a.O., S. 28 ff.; Gryzunov, a.a.O.

³¹ Velizar Brajović: Dve vrste čuvara (Zwei Arten Bewacher), in: Vreme, 19.2.2000, S. 8.

Krankenhäuser in Montenegro bestimmt war".³² Ob solche Klagen berechtigt sind, spielt keine Rolle: Die Montenegriner erinnern sich gut daran, wie der Krieg in Ex-Jugoslawien vor neun Jahren begann – mit Zusammenstößen von "Polizei"-Truppen, Überfällen auf "Polizei"-Posten etc. –, und sind gewarnt. Die ständigen Beschwörungen des "Terrorismus", von General Obradović und Admiral Milan Zec, Chef der in Tivat stationierten Kriegsmarine, sind nur ein Vorwand, nachdem sogar das offizielle Belgrad einen entsprechenden Gesetzesentwurf ("Kampf gegen den Terrorismus") Ende Juni wieder zurückgezogen hat.³³ Dennoch: Milošević und die ihm getreuen Militärs werden zunehmend nervöser, und irgend etwas scheint sich zusammenzubrauen. Am 15. Juli brachte das Bosnische TV eine ausführliche Dokumentation über die aktuelle Lage in Montenegro, die mit aufschlußreichen Bildern endete: VJ-Generalstabschef Nebojša Paković hatte sich mit Bulatović in dessen SNP-Hauptquartier in Podgorica getroffen, und beide verließen, gegen Journalisten abgeschirmt, in einem schweren Mercedes (Kennzeichen M 900-106) die montenegrinische Hauptstadt.³⁴

Das eigentliche Problem montenegrinischer Innenpolitik ist von anderer Natur, wie russische Kommentatoren zu Recht betonten:³⁵ Die Montenegriner haben keine ausgesprägte nationale Identität, die sie von den Serben unterscheidet – nur 60 Prozent von ihnen betrachten sich als *Montenegriner* in einem (nicht näher definierten) ethnischen Sinne, 15 Prozent als Serben und 20 Prozent als *Montenegriner serbischer Herkunft*. Hinzu kommt die traditionelle Anhänglichkeit an Familienclans, die unter der vorwiegend rural geprägten Bevölkerung noch sehr stark ist. Das Milošević-Regime soll mehrfach und nicht ohne Erfolg versucht haben, die berüchtigten Clanleidenschaften der Montenegriner anzustacheln. Unter diesen Umständen kann es Đukanović bis zu einem gewissen Maße nur recht sein, wenn das Belgrader Regime so ist, wie es ist: diktatorisch, aggressiv, wirtschaftlich ruinös, international isoliert, arrogant und gewaltbereit gegenüber Montenegro etc. Gegen solche Machthaber aufzutreten, ist politisch richtig und vernünftig – aber leuchtet das auch Montenegrinern ein, die mehrheitlich Verwandte ersten Grades in Serbien haben? Erst wenn man solche Fragen stellt, kann man gewisse Äußerungen des Präsidenten Montenegros ganz verstehen:

Deswegen sehe ich meine politische Mission und die anderer Staatsorgane in Montenegro in der Funktion einer Emanzipation des politischen Bewußtseins besonders eines Teils der montenegrinischen Öffentlichkeit. Das ist ein Prozeß, und darum behaupte ich, daß sich hier keine spektakulär raschen Veränderungen auf der politischen Szene ereignen werden. Aber es ist doch ein Vergnügen, daß wir zu Recht von einem unstrittigen und stabilen Trend sprechen können, wo die Mehrheit systematisch anwächst und die Minderheit untergeht.³⁶

³² Vgl. das Interview mit Milo Đukanović, in: NIN, 29.6.2000, S. 12-16.

³³ Goran Vujović: Povišeni stepen prijetnji (Erhöhter Grad der Drohung), in: Monitor, Nr. 504/2000.

³⁴ TV Bosnien-Herzegowina 15.7.2000, Nachrichtensendung "Dnevnik".

³⁵ Gessen, Federacija, a.a.O., S. 29.

³⁶ Đukanović-Interview, a.a.O., S. 13.

Im Dezember 1999 nahm sich dieser Trend in Umfrageergebnissen wie folgt aus (1.000 Befragte aus montenegrinischen Städten, Antworten in %):³⁷

Antworten	
BRJ bleibt wie bisher	28,0
BRJ wird entsprechend montenegrinischer "Plattform" verändert	22,5
Montenegro und Serbien werden souveräne Staaten	36,1
Föderation auflösen, Einheitsstaat bilden	5,5
Weiß nicht	7,9

Wohin geht der Trend noch? Wohin hat er bereits geführt? Gibt es in ihm *points of (no) return*? Diese Fragen drängen sich auf, wenn man das Verhältnis Montenegros zur serbischen Opposition betrachtet.³⁸ Im internationalen Rahmen treten sie gemeinsam auf, da sie in Milošević ja auch einen gemeinsamen Hauptgegner haben. Aber dieser Umstand gerät mehr und mehr ins Hintertreffen. Die serbische Opposition interessiert sich kaum für "jugoslawische" Angelegenheiten – die Montenegriner verlieren im Maße ihrer faktischen eigenstaatlichen Emanzipation das Interesse an serbischen Entwicklungen. Auch wenn nicht jeder die Dinge so schonungslos offen ausspricht wie der montenegrinische Premier Filip Vujanović, der zu Jahresbeginn 2000 nach einem USA-Besuch erklärte: "Montenegro hat weder die Kraft noch den Wunsch, sich mit einer Demokratisierung Serbiens zu beschäftigen." Gemeinsame "Plattformen" gibt es nicht mehr, kann es auch nicht mehr geben, seit Montenegro 1999 seine ultimative "Plattform *Grundlagen neuer Beziehungen zwischen Montenegro und Serbien*" vorlegte. Damit kamen die serbischen Oppositionellen in eine grundsätzliche Verlegenheit: Natürlich unterstützten sie den montenegrinischen Wunsch nach föderaler Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung, aber sie meinten, daß die entsprechenden Schritte dazu erst *nach* einem Regimewechsel in Belgrad unternommen werden sollten (zumal sie dann leichter zu realisieren wären). Das sieht man in Podgorica genau umgekehrt: Primär ist der Wunsch nach weitestgehender Autonomie, ja Souveränität, weil ein weiteres Verbleiben unter Belgrader Dominanz unabsehbare Schäden für Montenegro bringt; wenn sich auf dem Weg dahin eine Liberalisierung, Demokratisierung etc. Serbiens ergibt, mag solches als "Dreingabe" willkommen sein. Aber da die Chancen dafür offenkundig gleich Null sind, heißt die montenegrinische Devise: Rette sich, wer kann!

Kann Montenegro es wirklich? Das Land hat beste Absichten zur systemaren Transformation, die es aber noch nicht im vollen Maße realisiert hat. Weil Belgrader Druck das verhinderte, sagt die Đukanović-Führung. Weil das Regime in Podgorica gar nicht zuviel Transformation will (über 70 BIP-Prozente werden in Staatsbetrieben erwirtschaftet) und als (noch) nicht

³⁷ Tabelle, in: NIN, 24.2.2000, S. 20.

³⁸ Dazu und zum folgenden vgl. Opozicija – Ostati odvojeno (Opposition – getrennt bleiben), in: NIN, 24.2.2000, S. 18-20.

souveräner Staat durch keinen positiven Druck internationaler Institutionen (Weltbank, IMF, UN) dazu gezwungen werden kann, sagen deren Kritiker. Die "prowestliche, proreformerische und demokratische" Regierung Montenegros (wie sie sich, nicht zu Unrecht, selber bezeichnet), braucht nach Meinung dieser Kritiker die staatliche Souveränität, um aus schönen Epitheta endlich eine politische Realität in Montenegro werden zu lassen. In seiner jetzigen Situation des "aktiven Wartens" gibt es keine Garantie gegen einen systemaren Rückfall.³⁹

3. Montenegros außenpolitischer Angriff

Montenegro hatte nie die geringste Möglichkeit, Miloševićs Abenteuer – seine "Hyperinflation" 1993, seinen Wahlbetrug 1996, seinen Konfrontationskurs im Kosovo 1998/99 etc.⁴⁰ – zu verhindern, mußte aber alle Folgen davon tragen. Die eigenstaatliche Emanzipation erschien als der einzig mögliche Ausweg aus dieser fatalen Verstrickung. Darum marschierte Montenegro auf die eigenstaatliche Souveränität los, der man ein *Referendum* vorschalten wollte. Das hätten die Autonomisten um Đukanović mit ca. 60 Prozent gewonnen, und diese Aussicht schockte die Internationale Gemeinschaft. Vermutlich hätte sie einen weiteren Konfliktherd bekommen (wegen Miloševićs militärischen Eingreifens) – gewiß hätte sie einen potentiellen Einflußfaktor auf Milošević verloren.

Internationale Überzeugungskraft und Wirtschaftshilfe wiesen einen zweiten und sichereren Weg: von Milošević loskommen, ihm aber keinen Vorwand zum Eingreifen geben.⁴¹ Konkret hieß das, Montenegro die ökonomische Autonomie zu verschaffen, was Anfang November 1999 mit der Einführung der DM als "Parallelwährung" geschah, wonach die ursprünglich intendierte politische Autonomie erheblich an Bedeutung verlor – man war vor dem Belgrader sicher und avancierte zum gefragten Partner des Westens.⁴² Das war ein beeindruckendes Manöver, das den Westen die symbolische Summe von 120 Mio. DM kostete, Montenegro nach einigen Anfangsschwierigkeiten den erhofften ökonomischen und politischen Erfolg brachte⁴³ und Belgrad den Schwarzen Peter zuschob: Eher würde der Dinar kollabieren als die DM in Montenegro aufgekauft werden – Serbien würde den Verlust jeglicher Finanzkontrolle und den Preisverfall auf heimischen Märkten riskieren, wenn es den Zahlungsverkehr mit und Export nach Montenegro stoppte.⁴⁴

³⁹ Nebojša Medojević: Samostalnost jedino rješenje (Souveränität als einzige Lösung), in: Monitor, Nr. 507, 7.7.2000.

⁴⁰ Dazu und zur Einstellung der Serben vgl. Milan Milošević: U Srbiji prilike su tak'e (So ist das in Serbien), in: Vreme, 8.1.2000, S. 12-15.

⁴¹ Mirha Dedić: Crna Gora, između istoka i zapada (Montenegro zwischen Ost und West), in: Slobodna Bosna, 9.10.1999, S. 40-41.

⁴² Steve Hanke (Interview): Uskoro crnogorska marka (Bald eine montenegrinische Mark), in: NIN, 25.11.1999, S. 28-29.

⁴³ Tanja Jakobi: Ovome se nismo nadali (Das haben wir nicht gehofft), in: NIN, 25.11.1999, S. 27-28.

⁴⁴ Hanke-Interview, a.a.O.; der US-Amerikaner Hanke ist Wirtschaftswissenschaftler und Finanzberater von Präsident Đukanović, W.O.

So abgesichert, konnte Đukanović spektakuläre Aktionen starten, die ihn zu nichts verpflichteten, aber großen Effekt hatten. Beispielsweise entschuldigte er sich im Juni, anlässlich einer Begegnung mit dem neuen Präsidenten Kroatiens, Stipe Mesić, bei den Einwohnern Kroatiens, "besonders in Konavle und Dubrovnik", daß sie unter dem Treiben "vereinzelter Bürger Montenegros in Uniformen der *Jugoslawischen Volksarmee*" zu leiden gehabt hätten.⁴⁵ In Montenegro verglich man diesen Akt mit Brandts Kniefall in Warschau, aber davon konnte gar keine Rede sein. Montenegro hatte nie eine eigene Armee, der Krieg gegen Kroatien war allein von Belgrad provoziert worden, Montenegro mußte seine Häfen der jugoslawischen Kriegsmarine bereitstellen etc. Im Grunde war Đukanovićs "Entschuldigung" ein Akt der politischen Vordergründigkeit. Was er auch unumwunden einräumte: Eine "Geste" sei es gewesen, die zwar keinen realen Hintergrund hatte, aber doch für die "demokratische Reife" und die "Emanzipation" Montenegros gesprochen und dem Lande ein sprunghaft verbessertes Verhältnis zum kroatischen Nachbarn eingebracht hätte.⁴⁶ Dazu eine Geste, die auch innenpolitische Effekte hatte: Sie zeigte den Montenegrinern den eigenen Präsidenten als souveränen Staatsmann, der sogar aus dem Eingeständnis von Fehlern noch moralischen Gewinn zieht, und sie löste "Panik" unter den montenegrinischen Veteranen von Miloševićs Kriegen aus, die jetzt den als "Verräter" geschmähten Đukanović als montenegrinischen Sympathieträger im Ausland erleben mußten.⁴⁷

Aber was ist mit "Gesten", die ausbleiben? In dem bereits erwähnten Korrespondentenbericht zu Montenegro, den das Bosnische TV am 15. Juli ausstrahlte, wurde Präsident Đukanović darauf angesprochen, daß Bosnien "schon vor zwei Jahren" eine solche "Geste" erwartet hatte, was den Montenegriner in einige Verlegenheit brachte. Natürlich trage sein Land "seinen Teil der Verantwortung für das, was geschehen ist", aber eine erneute Geste "wird weder das Problem lösen noch die Menschen in Bosnien oder sonstwo befriedigen, und schon gar nicht glaube ich, daß derartiges zu einem gerechten historischen Urteil über das, was uns geschehen ist, beitragen wird. Montenegro ist also bereit zu derartigen Gesten, vor allem im Interesse der Zukunft, aber ich glaube, das ist nicht genug." Ähnlich äußerten sich andere montenegrinische Spitzenpolitiker: Wenn Gesten der Positionsverbesserung Montenegros dienen, kann man sie unternehmen, aber übermäßige Bedeutung haben sie nicht.⁴⁸

Aber montenegrinische Außenpolitik erschöpft sich nicht in Gesten. Der Präsident im *Land hinter Gottes Rücken* (wie Montenegro bei Balkanslaven scherzhaft apostrophiert wird) kennt seine Möglichkeiten und Grenzen und operiert mit beiden souverän:⁴⁹

- Montenegro ist keine "Geheimwaffe" gegen Milošević, wohl aber erstrangiger Partner der Internationalen Gemeinschaft: "Man hat gelegentlich versucht, Montenegro eine Aufgabe zuzuweisen, die ihm einfach nicht zukommt: ausschlaggebend zur Demokratisierung

⁴⁵ Branko Vojičić: Oprosti nam, Dubrovniče (Verzeih uns, Dubrovnik), in: Monitor, Nr. 506/2000.

⁴⁶ Đukanović-Interview, a.a.O., S. 13.

⁴⁷ Branko Vojičić: Panika među ratnicima (Panik unter den Kriegern), in: Monitor, Nr. 507/2000.

⁴⁸ TV Bosnien-Herzegowina 15.7.2000, Nachrichtensendung "Dnevnik".

⁴⁹ Đukanović-Interview, a.a.O.

Serbiens beizutragen. Die Demokratisierung Serbiens muß von innen her geschehen, und alle demokratischen Strukturen in Montenegro und der Internationalen Gemeinschaft müssen die richtige Form finden, die demokratischen Kräfte in Serbien zu ermutigen und zu unterstützen." (So kann man es auch sagen, daß die Internationale Gemeinschaft mit ihrer kollektiven Verurteilung aller Serben – "keine Hilfe für Serbien, solange Milošević an der Macht ist" – einen kontraproduktiven Kurs verfolgt.)

- Montenegros eigenstaatliche Option ist nicht aufgegeben: "(...) es bleibt eine Tatsache, daß Montenegro, unzufrieden mit dem Funktionieren der jugoslawischen Gemeinschaft, vor einigen Jahren die Möglichkeit in Betracht zog, mittels eines Referendums seinen staatsrechtlichen Status zu verändern. Falls sich im Funktionieren dieser Gemeinschaft nichts verbessert, dann ist es nur logisch, daß im Laufe der Zeit bei immer mehr Menschen in Montenegro ihr jugoslawischer Enthusiasmus erkaltet. Das besagen auch die Resultate aller Umfragen, die unabhängige Forschungsinstitute in Belgrad und Podgorica gemacht haben. (...) alles spricht überzeugend dafür, daß mit jedem Tag des Fortdauerns der hoffnungslosen Lage in der BR Jugoslawien Montenegro dem Referendum und der staatlichen Souveränität immer näherkommt." Noch Mitte Juli traf Đukanović in Dubrovnik mit seinen Amtskollegen Stipe Mesić (Kroatien), Václav Havel (Tschechische Republik) und Milan Kučan (Slowenien) zusammen, wobei er auf Journalistenfragen nach einem Referendum eindeutig antwortete: "Durch die unverantwortlichen Aktionen der Belgrader Machthaber sind wir jeden Tag ein Stückchen weiter, diese Möglichkeit zu nutzen."⁵⁰
- Montenegro ist heute schon so, wie Serbien und andere Balkanstaaten morgen werden sollen: "Ich denke, Montenegro hat sich bereits einen erkennbar hohen internationalen Stellenwert verschafft, weil die Welt es als real mögliches Modell eines Lebens auf dem Balkan wahrnimmt und als einen Staat anerkennt, der – ungeachtet seiner Größe – ernsthaft demokratische und ökonomische Reformen durchführt und erfolgreich das Modell einer multiethnischen Gesellschaft entwickelt."
- Montenegro bekommt Hilfe aus dem Westen, könnte jedoch als souveräner Staat noch andere Möglichkeiten nutzen und noch größere Fortschritte machen: "In den letzten anderthalb Jahren hat sich die politische Unterstützung für Montenegro in eine bedeutende und transparente Wirtschaftshilfe seitens der USA und der EU verwandelt. (...) Wir wünschen, daß Montenegro als internationales Subjekt behandelt wird und alle Rechte bekommt, die auch andere Staaten in der Region besitzen. Wenn Montenegro Partner der Weltbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Europäischen Investitionsbank würde, wenn es auf Handels- und Investitionskredite dieser Banken und privater Investoren rechnen könnte, dann würden wir unsere Wirtschaftskapazitäten steigern und deutlich machen, daß wir keine milden Gaben benötigen, sondern eine normale Kredithilfe, wie sie andere Länder im Übergang zu Reformsystemen nutzen, damit

⁵⁰ Bericht, in: Blic-online, 12.7.2000.

wir dann, unter Einsatz unseres gesamten Potentials, eine Entwicklung im Maße europäischer Gesellschaften sicherstellen könnten."

Man spürt's: Da ist es jemand langsam leid, für die gesamte Internationale Gemeinschaft als systemare *Pressure group* gegen Milošević zu agieren und dabei noch das unangenehme Gefühl zu haben, daß Montenegro im Erfolgsfall mit leeren Händen dastünde: "(...) gewisse einflußreiche Kreise in Montenegro sind im Grunde gegen demokratische Veränderungen in Serbien. Vermutlich fürchten sie, daß, falls es in Serbien zu grundlegenden demokratischen Veränderungen käme, Montenegro für den Rest der Welt automatisch weniger interessant würde."⁵¹

Diese Erwägungen, Überlegungen, Befürchtungen etc. standen auch hinter dem Dokument, das Montenegro Anfang Juli über die Ständige UN-Mission Sloweniens dem UN-Sicherheitsrat zukommen ließ. Der Text war eine einzige Anklage, daß Belgrad "alle Methoden nutzt, um Montenegro zu destabilisieren", wozu dann ausgeführt wurde:⁵²

Montenegro hat sein Interesse bekundet, zusammen mit Serbien einen gemeinsamen Rahmen (okvir) zu schaffen, der für die Bürger unserer beiden Länder wie auch für ihr Wohlergehen am akzeptabelsten wäre.

Regierung und Führung Montenegros glauben, daß Frieden und Stabilität Ex-Jugoslawiens und des balkanischen Raums von folgenden Vorbedingungen abhängen:

- a) Möglichst umgehende Schaffung neuer demokratischer Verhältnisse in Serbien, Abhaltung freier und fairer Wahlen auf lokalem und gesamtserbischem Niveau, die von internationalen Organisationen überwacht werden sollen und unter Bedingungen ablaufen, die von allen Beteiligten abgesprochen und akzeptiert sind.
- b) Es ist nötig, daß sich die Internationale Gemeinschaft in ihrer Absicht, dieses Ziel möglichst rasch zu erreichen, einig ist: Darum muß die politisch-diplomatische Isolation des momentanen Regimes in Serbien und seiner Politik verstärkt werden; die Internationale Gemeinschaft muß den demokratischen Kräften in Serbien eine weit stärkere Unterstützung zukommen lassen.
- c) Unumgänglich ist es, daß der Sicherheitsrat der UN die erforderlichen Voraussetzungen schafft, daß die Internationale Gemeinschaft Montenegro breite und wirksame Unterstützung bei dessen Bestreben gibt, auf einem demokratischen Weg zu bleiben, desgleichen auch bei seiner Entschlossenheit zu einer soliden Transformation der Wirtschaft und zur Integration in alle europäischen und internationalen Prozesse. Montenegro müssen alle Möglichkeiten gegeben werden, Zugang zu internationalen politischen und Finanzinstitutionen zu bekommen, damit es ungehindert seine positive Transformation betreiben kann. Auf diese Weise könnte es ein positives Modell für den demokratischen Kampf und die demokratischen Kräfte in Serbien repräsentieren (...).

Schließlich akzeptiert die montenegrinische Führung nicht, daß die Führung Serbiens und deren politische und diplomatische Vertreter und Dienste, die die Administration der BRJ mißbrauchen, Repräsentanten der Politik und der Interessen Montenegros werden. Sie können das nicht im Namen des Staates Montenegro und der Zukunft tun, sondern allein im Namen Serbiens und in dem Maße, wie die Bürger und die demokratisch gewählten Organe das akzeptie-

⁵¹ Đukanović-Interview, a.a.O.

⁵² Text, in: Nedeljni Telegraf, 5.7.2000, S. 6.

ren. Montenegro wird seine Politik und Interessen unabhängig ausdrücken, billigen und verteidigen und andere Länder darüber informieren.

Ein beeindruckender Text, der eigene Verdienste, überregionales Engagement, internationale Verantwortlichkeiten und absehbare Entwicklungen in so überzeugendem Eigennutz kombiniert, daß im denkbar besten Fall ein international garantierter, ökonomisch gestützter Modellstaat Montenegro mit permanenter Modellfunktion für den zentralen Balkan herauskäme. Ob Montenegro auch nur einen Bruchteil davon verbuchen kann, wird man sehen; sein Nahziel, internationales Interesse auf eigene Nöte und Intentionen zu richten, hat es sofort erreicht: Montenegro ist in den UN ein nachhaltiger Begriff geworden (Außenminister Branko Lukovac), die jugoslawische Diplomatie wurde als "verlängerter Arm des Regimes" decouvriert (Präsident Milo Đukanović), Serbien (Jugoslawien?) steht kurz vor einem Hinauswurf aus den Vereinten Nationen (Richard Holbrooke), die ganze Bundesrepublik Jugoslawien ist rechtlich inexistent und dürfte deshalb nicht in den UN präsent sein (Sloweniens UN-Botschafter Ernest Petrič, der diese Ansicht dem französischen Sicherheitsratspräsidenten übermittelte) etc.⁵³

Was kann und wird Montenegro tun, wenn denn seine förmliche Unabhängigkeitserklärung (noch) wenig wahrscheinlich anmutet? "Von nun an werden wir selber unsere Interessen im Ausland vertreten", sagte Bojan Vuksanović, Sprecher des montenegrinischen Außenministeriums.⁵⁴ Das kann nur heißen, daß man von den bisherigen Klagen, keinerlei Einfluß auf Belgrads Diplomatie und Außenpolitik zu haben, zu eigener aktiver Außenpolitik übergeht. Die rechtlichen Möglichkeiten dafür bestehen: Artikel 7 der jugoslawischen Verfassung räumt den Republiken das Recht ein, internationale Verträge zu schließen und Vertretungen im Ausland zu unterhalten, und die Artikel 81 und 94 der montenegrinischen Verfassung bestätigen dieses Recht. Montenegro hat davon ja auch schon bemerkenswerten Gebrauch gemacht: Eigene Vertretungen unterhält es in Washington, New York, London, Paris, Brüssel etc., weitere sollen in Makedonien und Rußland entstehen; umgekehrt haben Italien, Kroatien, Griechenland, Rußland u.a. Konsulate in Montenegro.

Mit anderen Worten: Montenegro hat alle Vorkehrungen geschaffen, um im Moment seiner Eigenstaatlichkeit durch simplen Türschildwechsel in aller Welt präsent zu sein. Die Frage ist nur, wann es so weit sein wird. Nach Ansicht des angesehenen Belgrader Politologen Predrag Simić könnte es dazu kommen, wenn in den USA der Demokrat Ale Gore die Präsidentschaftswahlen gewinnt und Richard Holebrook zu seinem Außenminister macht, und der hat mit Milošević seit Dayton noch einige Rechnungen offen. Aber auch der Republikaner Bush hat Außenpolitiker in seiner Umgebung, die im Falle eines Wahlsieges keineswegs freundlicher mit Serbien umgingen.⁵⁵

⁵³ Milan Damjanović: Moglo je i gore (Es könnte auch schlimmer kommen), in: NIN, 29.6.2000, S. 11.

⁵⁴ Dazu und zum folgenden Dubravka Vujanović: Spremnja li se zapad da prizna Crnu Goru kao državu? (Bereitet sich der Westen darauf vor, Montenegro als Staat anzuerkennen?), in: Nedeljni Telegraf, 5.7.2000, S. 6-7.

⁵⁵ Interview mit D. Simić, in: Nedeljni Telegraf, 5.7.2000, S. 8-9.

So etwas sind Spekulationen, die nicht aufgehen müssen. Montenegro rechnet nur mit der einen Konstanten, daß die unberechenbare Feindschaft Miloševićs weitergehen wird. Mit Blick darauf plädierte Vizeparlamentspräsident Rifat Rastoder dafür, vollendete Tatsachen und klare Verhältnisse zu schaffen:

Das ist ein Spiel der Nerven. Ich und meine Freunde meinen, daß wir auf niemanden warten können und sollen. Montenegro muß sein Schicksal endlich in die eigenen Hände nehmen und seine Probleme gemeinsam mit seinen wohlmeinenden Freunden selber lösen. Ich sehe Montenegro bis Jahresende als souveränes Land, das mit noch größeren Schritten nach Europa geht. Ich erwarte einen stürmischen Herbst.⁵⁶

Gleichlautend äußerten sich andere, und Präsident Đukanović plant offenkundig für die Zeit, nachdem Montenegro alle Brücken zu Miloševićs Serbien abgebrochen haben wird:

Wie die Internationale Gemeinschaft sich auch immer verhalten wird, wir werden keine Kapitulation erlauben oder schmutzige Kompromisse mit Milošević eingehen, die gegen die vitalen nationalen oder staatlichen Interessen Montenegros gerichtet wären.⁵⁷

4. Montenegros kirchenpolitischer Angriff

Orthodoxe Kirchen sind *per definitionem* Nationalkirchen, und die Serbisch-Orthodoxe Kirche (SPC) zählt auch Montenegro zu ihrem Bereich, wofür Metropolit Amfilohije als Oberhaupt der *Montenegrinischen Küsten-Metropole* (Mitropolija crnogorska-primorska) amtiert. Seit Jahresbeginn 2000 hat sich die Situation grundlegend gewandelt: Das montenegrinische Innenministerium registrierte offiziell eine *Montenegrinisch-Orthodoxe Kirche* (CPC) – laut Ansicht des SPC-Mitropolitens eine "Gruppe von Kriminellen", die das "Regime zu satanischer Gewalt und Diebstahl anhält"⁵⁸ –, und Präsident Đukanović gratulierte zu zwei kirchlichen Feiertagen "den beiden orthodoxen Kirchen in Montenegro, der Serbisch-Orthodoxen Kirche und der Montenegrinisch-Orthodoxen Kirche". Das trug ihm umgehend eine heftige Rüge des Rechtsgremiums Amfilohijes ein ("Präsident Đukanović provoziert gesetzeswidrig Diebstahl und Bedrohungen der Kirche"⁵⁹), denn in Artikel 11 des Kirchenstatuts ist nur von *einer* orthodoxen Kirche in Montenegro die Rede. Weitere Rügen kamen vom russischen Patriarchen Aleksij II. und vom Ökumenischen Patriarchen Vartolomej in Konstantinopel (Istanbul), aber die Sache war heraus: In Montenegro existiert eine unabhängige Nationalkirche, von den Behörden registriert, vom Präsidenten mit einem "dienstlichen" Glückwunsch gewürdigt.⁶⁰

In dem bereits mehrfach zitierten Interview Đukanovićs von Ende Juni wurde dieser auch auf die Kirchenprobleme in Montenegro angesprochen, worauf er in seiner typischen Art antwortete – ausweichen, distanzieren, zuletzt zustimmen:

⁵⁶ TV Bosnien-Herzegowina 15.7.2000, Nachrichtensendung "Dnevnik".

⁵⁷ TV Bosnien-Herzegowina 15.7.2000, Nachrichtensendung "Dnevnik".

⁵⁸ Presse-Mitteilung vom 21.1.2000.

⁵⁹ Presse-Mitteilung vom 13.5.2000.

⁶⁰ Slobodan Reljić: Treća ofanziva (Die dritte Offensive), in: Vreme, 11.5.2000, S. 24.

Ich denke nach wie vor, daß die Frage übermäßig politisiert ist. Ich denke, daß über die Frage der orthodoxen Kirche in Montenegro hauptsächlich aus politischen Erwägungen diskutiert und die Lösung dieser Frage als wichtige infrastrukturelle Voraussetzung des staatsrechtlichen Status Montenegros angesehen wird.

Was meinen Standpunkt in der Sache betrifft, so ist er gut bekannt. Sie wissen, daß ich mit einer Geste dazu beigetragen habe, dieses Thema in die politische Öffentlichkeit Montenegros zu bringen. Die Rede ist von dem Glückwunsch, den ich aus Anlaß eines orthodoxen Feiertages den Gläubigen der einen und der anderen Kirche zukommen ließ. Einige haben das als mein illegitimes Einmischen in Kirchenverhältnisse interpretiert, aber das war nicht meine Absicht. Ich glaube, man muß von den unbestreitbaren Tatsachen ausgehen, daß in Montenegro ein Teil der Bürger zu der einen Kirche gehört, der Serbisch-Orthodoxen Kirche (...), und daß ein anderer Teil der Bürger, der gar nicht so klein ist, der Ansicht ist, daß die orthodoxe Kirche autokephal sein muß, und wenn sie nicht autokephal ist, dann will man eine montenegrinische Kirche haben. Ohne in Details zu gehen, welche Kirche kanonisch registriert ist, welche von seiten kirchlicher Würdenträger bestätigt ist, (...) glaubte ich als Präsident aller Bürger Montenegros, daß es meine Pflicht ist, diese Realität unter den Bürgern Montenegros anzuerkennen und ihr Recht zu achten, sich im Zusammenhang der gesamten Menschenrechte für die Zugehörigkeit zu einer Kirche ihrer Wahl zu entscheiden.

Ich denke gleichfalls, daß hier die Verantwortung der Montenegrinischen Küsten-Metropolie angesprochen ist. Sie darf nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß es in Montenegro Menschen gibt, die sich auch als orthodoxe Gläubige deklarieren und die orthodoxen Traditionen achten, und sie muß begreifen, daß sie dieses Problem nicht dadurch lösen kann, daß sie diese als Sekte diskriminiert, mit Verboten und Exkommunikationen agiert. Ich denke nicht, daß die Interessen der Orthodoxie irgendwie bedroht wären, wenn sich der Wunsch der Bürger Montenegros erfüllte, größere Autonomie der orthodoxen Kirche zu bekommen (...). Das ist zwar keine Frage, über die ich zu entscheiden habe, aber es ist doch eine Frage, die in Montenegro einen politischen Beiklang hat.

Der sozialistische Atheist (und frühere Milošević-Zögling) Đukanović hat unverkennbar Schwierigkeiten, das ganze Problem einzuordnen. Immerhin lernt er, welche Bedeutung orthodoxe Nationalkirchen in balkanischen Spannungsperioden haben können. Cetinje, die alte Hauptstadt Montenegros, beherbergt derzeit zwei Kirchenzentralen: In einem Kloster residiert die Serbisch-Orthodoxe Kirche unter Amfilohije, in der Kapelle des Heiligen Peter von Cetinje⁶¹ die montenegrinische Kirche. Deren Oberhaupt ist seit 1998 Mihailo, mit bürgerlichem Namen Miraš Dedeić, der zuvor lange in Wien tätig war und den der bulgarische (!) Patriarch Pimen zum Metropoliten weihte. Sein Vorgänger war Antonija, der 1993 zum "geistigen Oberhaupt der Montenegriner orthodoxen Bekenntnisses" gewählt worden war. Mit Mihailos Amtsantritt und der Neukonstituierung der CPC hat sich ganzes Bündel von Streitigkeiten ergeben, die nie rein kirchlich und nie rein politisch sind, eben darum aber bezeichnend für die gegenwärtige Situation in Montenegro.⁶²

- Die SPC hörte nach 1760 auf zu bestehen, nachdem das Patriarchat von Peć durch die osmanischen Behörden aufgelöst wurde. Damit entstand im freien Montenegro eine

⁶¹ *Sveti Petar Cetinjski*, d.i. Petar I. Petrović, 1782-1830, Bischof und Fürst Montenegros, der sein Volk einte und sein Land in zahlreichen siegreichen Kämpfen gegen die Osmanen und gegen Napoleon verteidigte.

⁶² Interview Mihailos, in: *Globus*, 30.6.2000, S. 42-43; Korrespondentenbericht im Bosnischen Fernsehen am 24.5.2000 (mit Originaltönen von Mihailo).

autonome Kirche, die noch 1858 vom Ökumenischen Patriarch in Konstantinopel ausdrücklich unter den zehn bestehenden orthodoxen Kirchen genannt wurde. Das Königreich Montenegro ging 1918 im *Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen* (ab 1929 *Jugoslawien*) auf – die montenegrinische Kirche vereinte sich am 13. Mai 1919 mit fünf anderen serbischen Kirchen zu der einen *Serbisch-Orthodoxen Kirche*. Diese Vereinigung geschah, wie montenegrinisch nationale Kirchenkreise seit Jahren propagierten, unter Zwang; sie sollte den Kirchenbesitz und die Geistlichen in Montenegro der SPC zuschanzen und als letzte Erinnerung an montenegrinische Eigenständigkeit verschwinden. Aus diesen historischen Umständen ergibt sich, so die Ansicht Mihailos, das Recht der Montenegriner, eine eigene Kirche zu haben.

- Die SPC hat sich in Montenegro schon darum diskreditiert, als sie einen überaus engen Kontakt zu serbischen Kriegsverbrechern (wie Željko Ražnjatović-Arkan) pflegte und seit Jahrhunderten mit dem *Svetosavlje* (liturgischer Kult um den Hl. Sava, den Begründer der SPC im 13. Jahrhundert) eine serbische nationalistische Ideologie vertrat, die von der Orthodoxie wegführte und zu allen Zeiten die eigene Wirkung bei den Montenegrinern schmälerte. Zählt man zu all dem noch die wütende Polemik hinzu, die die SPC neuerdings gegen die CPC betreibt, dann führte im Grunde kein Weg an der kirchlichen Trennung vorbei.
- Die SPC fürchtet vor allem um ihre ausgedehnten Besitztümer in Montenegro: Von insgesamt 650 Kirchen und Klöstern konnte die CPC bislang nur 30 zurückbekommen, zehn weitere werden folgen. Auch hält das Gros der Geistlichen zur SPC, aber die Konversionen nehmen zu. Der CPC fällt es zunehmend leichter, sich von der SPC zu distanzieren. Beispielsweise hält letztere noch am Julianischen Kalender fest und feiert nach diesem "serbische Weihnachten, serbisches Neujahr, serbische Ostern (...). Es wurde sogar ein Buch veröffentlicht mit der Behauptung, daß Jesus ein Serbe war." Um sich von diesem Ballast zu distanzieren, wird die CPC als ersten Schritt demnächst den Gregorianischen Kalender einführen.
- In Zukunft wird man sich gewiß um jedes Kirchengebäude einzeln streiten müssen, da diese zwar von Montenegrinern gebaut, später aber von der SPC übernommen wurden. Besonders heftig dürfte der Konflikt um den Neubau der Kathedrale in Podgorica ausfallen, der zwar von der SPC begonnen, aber von der Republik Montenegro bezahlt wurde – also der CPC "gehört" (sagt Mihailo).

Da orthodoxe Kirchen nicht vom Staat "anerkannt" werden, fällt es allen Beteiligten in Montenegro leicht, die politischen Begleitaspekte des Kirchenstreits zurückzustellen. Das ist auch gut so, denn so lassen sich internationale Verwicklungen vermeiden. Die SPC hat schon mehrfach in den USA Prozesse gegen Abtrünnige führen müssen, die mit Tausenden Unterschriften von Anhängern SPC-Kirchenbesitz in der Diaspora übernehmen wollten. Bei diesen Prozessen hat die Kirche bislang immer obsiegt, was nach Ansicht serbischer Kommentatoren auch ein Hinweis darauf ist, daß die SPC ihre Klöster und Kirchen im Kosovo mit internationaler Billigung behalten wird. In diese Richtung deutet auch der

Umstand, daß die CPC bislang noch nicht einmal daran dachte, den Konflikt mit der SPC auch außerhalb der Landesgrenzen auszutragen.⁶³

Einstweilen hat man im Lande selber genügend zu tun, denn nach Ansicht der montenegrinischen Kirchenfürsten steht und fällt Montenegro mit der CPC. So wenigstens erklärte es Mihailo in dem erwähnten Bericht des Bosnischen Fernsehens:⁶⁴

Hier spielt die Politik mit. Falls sie es schaffen, die Montenegrinisch-Orthodoxe Kirche als selbständige Kirche auszulöschen, dann wird auch der Staat Montenegro eine serbische Provinz.

In diesem Konflikt berufen sich beide Seiten auf Peter Njegoš (1813-1851), Montenegros Fürst und Bischof, dessen Epos *Gorski Vijenac* (Bergkranz) ihn auch zum größten serbischen Dichter machte. Wobei etwas bezeichnende Komik aufkommt: Diejenigen, die Montenegros Autonomie wollen, zeigen Bilder von Njegoš in historisch korrekter *weißer* Bischofshaube – die wenigen Milošević-Anhänger haben ihm eine *schwarze* Serbenhaube übergestülpt.

5. Zusammenfassung

Montenegro hat seine 1992 vollzogene Anbindung an Serbien längst bereut, und dazu haben die NATO-Bomben, die von März bis Juni 1999 auch auf montenegrinisches Territorium fielen, nicht einmal den Ausschlag gegeben. Die junge Führung des Landes um Präsident Milo Đukanović erkannte Jahre früher, daß die Föderation mit Serbien eine "Fassade" ist, die den Umstand verdeckte, daß Montenegro nicht den geringsten Einfluß auf Wirtschafts-, Außen-, Fiskal-, Militärpolitik etc. hatte, die von der Milošević-Führung konzipiert wurde und von Montenegro mit allen Konsequenzen mitgetragen werden mußte.

Ungewisse Perspektiven haben Montenegro seit Jahresbeginn 2000 dazu veranlaßt, sein Verhältnis zu Serbien weiter zu verschlechtern und gleichzeitig von der Internationalen Gemeinschaft Unterstützung und Garantien zu verlangen, die ihm für die absehbare Zukunft eine Sonderrolle im zentralen Balkan gewährleisten.

Montenegro hat seit Jahren der "illegitimen" Bundesregierung in Belgrad die Gefolgschaft aufgekündigt und nach dem jüngsten Handstreich Miloševićs, der sich per Verfassungsänderung eine mindestens achtjährige weitere Amtszeit zubilligte, die BRJ ganz offen als "zerstört" bezeichnet. In Podgorica unternahm man nachdrückliche Schritte, die eigenen Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen, zumal nicht auszuschließen ist, daß Milošević darauf vertraut, demnächst angesichts drastischer Verschlechterung der Lage im Kosovo für die Internationale Gemeinschaft das "kleinere Übel" zu werden und wie damals in Dayton (1995) politisch "wiederaufzuerstehen".

Das größte Hindernis für die Montenegriner ist die starke Präsenz der Jugoslawischen Armee (VJ) in Montenegro, die zwar Korrektheit vorgibt, durch den Aufbau einer besonderen *Militärpolizei* aber eine nachhaltige Drohwirkung ausübt. Ob von da eine Gefahr ausgeht (und

⁶³ Reljić, a.a.O.

⁶⁴ Siehe Fußnote 62.

wie groß diese sein könnte), kann wohl mit Blick auf zahlreiche amerikanische, europäische und russische Warnungen eher verneint werden, aber letzte Sicherheiten gibt es im Umgang mit Milošević nie.

Ein weiteres Hindernis für Đukanovićs Absetzungsbemühungen von Belgrad sind die bis zur Selbstaufgabe engen Verbindungen der Montenegriner zu Serben. Die den Politikern einsichtigen Bedrohungen aus Belgrad und die daraus resultierenden Notwendigkeiten zum Selbstschutz leuchten vielen Menschen, die verwandtschaftliche Beziehungen ersten Grades nach "drüben" haben, nicht ein. Die eigenstaatliche Emanzipation Montenegros muß also enger mit einer montenegrinischen Identitätsstiftung einhergehen, und das heißt konkret, daß Montenegro seine internationale Rolle als "demokratisches Piemont" nicht mehr lange spielen wird: Serbien soll und muß sich demokratisieren, aber Montenegro muß seine geringen Kräfte für eigene Belange reservieren!

Montenegro ist zuerst mit politischer, dann mehr und mehr mit wirtschaftlicher Hilfe vom Westen zu seinem Konfrontationskurs gegen Milošević ermutigt und befähigt worden. Diese Hilfe zu prolongieren und zu steigern, ist Podgoricas Absicht, die es im Frühjahr mit Vorstößen im UN-Sicherheitsrat nachdrücklich unter Beweis stellte: Serbien "destabilisiert" Montenegro, die allgemein akzeptierten Mittel zu Serbiens Demokratisierung übersteigen Montenegros Kräfte; wenn die Internationale Gemeinschaft ein beispielgebendes Montenegro will, dann soll sie es in jeder Richtung zur größtmöglichen Autonomie befähigen, wirtschaftlich wie staatlich, und ihm diese Autonomie in Zukunft belassen.

Gute Chancen rechnet sich Montenegro dafür mit Blick auf die US-Präsidentenwahlen aus: Wer immer der neue US-Präsident sein wird, er kann Montenegro nicht in die alte Bedeutungslosigkeit zurückstoßen. Für die absehbare günstigere Entwicklung hat Montenegro unter Nutzung bestehender Verfassungsmöglichkeiten beste Ansätze geschaffen: In den Metropolen von Ost und West hat man "Vertretungen" eröffnet, die morgen durchaus als Botschaften fungieren könnten.

Bei dem Bestreben, die Montenegriner von Serbien fort- und zu einer festeren Identität hinzuführen, ist der Führung in Podgorica eine unerwartete Unterstützung zugekommen: Die 1919/20 aufgelöste *Montenegrinisch-Orthodoxe Kirche* (CPC) ist wiedererstanden und bemüht sich seit Jahresbeginn 2000, im klassischen national-spirituellen Sinne auf die Montenegriner einzuwirken. Der Effekt ist noch gering, aber die Ungeschicklichkeit der *Serbisch-Orthodoxen Kirche* (SPC) trägt unfreiwillig dazu bei, ihn zu vergrößern: Überhebliche Geschichtsklitterungen und überzogene Polemik rühren an montenegrinischen Stolz, allzu enger kirchlicher Umgang mit serbischen Kriegsverbrechern erinnert die Montenegriner an ihre unselige Verstrickung in Miloševićs Kriege (wofür sich Đukanović gerade bei den Kroaten entschuldigte), ein Übermaß an serbischem Nationalismus in Theologie und Liturgie der SPC veranlaßt immer mehr Montenegriner, ihr Heil bei einer eigenen Nationalkirche zu suchen.

Wolf Oschlies

Montenegro: A Balkan Model?

On the latest escalation in the Belgrade-Podgorica Conflict

Bericht des BIOst Nr. 18/2000

Summary

Introductory Observations

Montenegro has long since regretted joining Serbia in the Yugoslav Federation in 1992. Years before the NATO bombs fell on Montenegrin territory between March and June 1999, the country's young leadership under President Milo Dukanovic recognized that the federation was a facade designed to disguise the fact that Montenegro would not have the slightest influence on economic, foreign, fiscal or military policies conceived by the Milosevic government for which Montenegro was expected to share full responsibility.

Montenegrin efforts to attain the status of an equal within the federal state were ignored by Belgrade. For this reason Podgorica has repeatedly threatened to hold a referendum on a possible declaration of independence by the small Adriatic republic, and these threats have become louder during the summer of 2000. This move has been opposed by the international community, which has recognized the value of Montenegro as a political alternative to Milosevic's Serbia and has therefore shown an interest in keeping Montenegro together with Serbia in order to use it as a disruptive factor, as a European "bridgehead", as an attractive alternative to Belgrade's policies or as a model for a peaceful future in the region (in other words, the West has no clear concept). Montenegro was happy to go along with this arrangement as long as it promised security and economic aid. However, since there has been no word from the West on how it envisages Montenegro's future status, the country has, since the beginning of the year, taken matters into its own hands, seeking to clarify its relations with Serbia (whatever form these might take) while calling on the international community to give it support and to guarantee that it will continue to play a special role in the central Balkans in the foreseeable future.

This report examines the implications of this new strategy for domestic and foreign policy and also the role of the Church. It uses generally accessible sources and draws on the author's earlier work.

Findings

1. For several years now Montenegro has refused to toe the line of what it regards as the "illegitimate" federal government in Belgrade. Following Milosevic's latest coup, in which

he changed the constitution to allow himself a further term in office of at least eight years, Montenegro quite openly declared the Federal Republic of Yugoslavia to be "finished". Podgorica has taken urgent steps to gain control of its affairs for, given the severe deterioration of the situation in Kosovo, it cannot be ruled out that Milosevic is counting on soon becoming the "lesser evil" for the international community and on using this to make a political come-back as he did in Dayton in 1995.

2. A major obstacle for the Montenegrins is the strong Yugoslav military presence in Montenegro. While behaving in a formally correct manner through the establishment of a military police force, it actually acts as a permanent threat. Given the numerous American, European and Russian warnings it is unlikely that this force presents any real great danger, but one can never be sure where Milosevic is concerned.
3. A further barrier to Dukanovic's attempts to break away from Belgrade is the Montenegrins' very close ties to the Serbs, which in some cases go as far as abandoning their own ethnic identity. The threat from Belgrade and the resulting need for self-defence, which seem very real to Montenegrin politicians, are incomprehensible to many people with close relatives in Serbia. Montenegro's emancipation as an independent state must therefore be more closely linked with the forging of a Montenegrin national identity. This means in practice that Montenegro will soon abandon its international role as a "democratic Piedmont" – while Serbia must embrace democracy, Montenegro must also conserve its limited strength to look after its own interests!
4. Montenegro has been encouraged to engage in a policy of confrontation with Milosevic, initially with political and then increasingly with economic support from the West. Podgorica's intention is to prolong and increase this support, as it made abundantly clear in its overtures to the UN Security Council in the spring. Its arguments on that occasion were that Serbia is destabilizing Montenegro, that Montenegro does not have the strength to bring about democracy in Serbia by generally accepted means and that if the international community wishes to use Montenegro as a political model, then it must provide the wherewithal for as much economic and political autonomy as possible and to stand by this arrangement in the future.
5. In view of the approaching US presidential elections, Montenegro is optimistic about its chances of achieving these goals. Whoever becomes the new US president will not be able to push Montenegro back into its former marginal role. In anticipation of positive developments Montenegro has made good use of the opportunities offered by the current constitution to prepare itself. "Representations" have been opened in the major cities of East and West that could well function as embassies in the near future.
6. In its efforts to steer the Montenegrins away from Serbia and towards a separate identity, the leadership in Podgorica has received support from an unexpected quarter. The Montenegrin Orthodox Church, which was dissolved in 1919-20, has undergone a revival and since the beginning of the year has sought in a traditional way to imbue the Montenegrins with a nationally oriented spirituality. Its impact has so far been small, but the ineptitude of the Serbian Orthodox Church (SPC) has unwittingly helped to it to grow.

The Serbian Church's arrogant and biased accounts of history and its exaggerated polemics offend Montenegrin pride; its rather too close association with Serbian war criminals reminds the Montenegrins of their disastrous involvement in Milosevic's wars (for which Dukanovic even apologized to the Croatians); and excessive Serbian nationalism in the theology and liturgy of the SPC is driving an increasing number of Montenegrins to seek refuge in their own national Church.